

listischer Phantast gewesen sei. Jene Negativität zeigt sich heute im Widerwillen gegen Gewalt und ewige Aggressivität; im Ekel vor sinnlosem Konsum und Nivellierung von Bedürfnissen auf standardisierte Muster; in Skepsis gegen Wohlstands- und Fortschrittsideologien und deren traditionelle Motivation; in Desinteresse an den rituellen Darstellungsformen einer phantasielos eindimensionalen Politik, und das bei Etablierten nicht weniger als bei ihren zersplitterten außerparlamentarischen Opponenten. – Während beispielsweise in einem Land wie in Italien, wo eine beeindruckende öffentliche

Diskussion der gesellschaftlichen Krisen stattfindet, der Tod Herbert Marcuses eine publizistische und durchaus kontroverse Würdigung seines Werkes auslöste, die – gleich ob bei Rechten oder Linken – oft mehrere Seiten in den Zeitungen füllte, blieb er in Deutschland ein feuilletonistisches Ereignis. Besser läßt sich die „Richtigkeit“ seiner Analysen kaum bestätigen. Aber so weit weg wie das Feuilleton von der Politik, waren wohl auch Marcuses Denkspiele von den Subsistenzbedingungen dieser Gesellschaft.

Werner Post

Forum

Rhodesien: Die „interne Lösung“ und die Guerilla

Zu unserem Länderbericht „Trotz Wahlen keine Lösung. Zur Lage in Simbabwe-Rhodesien“ (HK, Juni 1979, 319–325) schickte uns Dr. Luigi Clerici, Dogmatikdozent in Salisbury, die folgende Zuschrift, die wir geringfügig gekürzt hier im Wortlaut veröffentlichen. Der Zuschrift Clericis folgt eine kurze Stellungnahme unseres Berichterstatters Dr. Michael Traber.

„Die ZANLA exkulpiert ...“

Es tut mir leid, die generell auf möglichste Objektivität bedachte Schriftleitung der Herder-Korrespondenz darauf aufmerksam machen zu müssen, daß ihre Rhodesien-Berichterstattung meines Erachtens einseitig ist. Ihr Berichterstatter P. Dr. Michael Traber ist bekanntlich dank seiner couragierten und prophetischen Kritik 1970 von der Regierung Smith des Landes verwiesen worden (die Verweisung von Missionaren wurde kürzlich von Muzorewa revoziert). Weniger bekannt dürfte sein, daß eine gute Zahl der besten afrikanischen Freunde P. Trabers, manche davon Katholiken, das „Schattenkabinett“ Mugabes bilden. Es ist darum begreiflich, daß sein Bericht im Juniheft S. 319–325 einige Spuren solcher Allianz aufzuweisen scheint. Die Tatsachen sind, von kleineren Ungenauigkeiten abgesehen, richtig rapportiert, doch deren Interpretation und die Schuldzuweisung für diese Fakten sind parteipolitisch (nicht sozial-ethisch) strittig. Die bei den Wahlen erwiesene Schwäche der Patrioticen Front zum Beispiel, sowie die massive Unterstützung des Muzorewa-Kurses und die darin implizierte Approbation der Kompromiß-Verfassung besonders durch die schwarze städtische Bevölkerung – natürlich mit einem wie immer großen Anteil an „undemokratisch“ erworbenen Stimmen (was immer dieser westliche Begriff selbst im verwestlichsten Afrika bedeuten mag!) – werden weginterpretiert. Denn für eine faire Beurteilung der „Fairneß der Wahlen“ sollte m. E. nicht bloß Palleys Gutachten zitiert

werden, sondern auch jene nicht minder qualifizierten Beobachter aus dem Lager der Konservativen. Der Umstand, daß Palleys Gutachten vom Catholic Institute for International Relations (CIIR) in London publiziert wurde, dürfte nicht automatisch als Garantie für die Fairneß der Beobachtungen der Autorin genommen werden. Dieses Institut, das eng mit der englischen Justitia-et-Pax-Kommission liiert ist, wurde nämlich schon im Juni 1978 von seinem Vorsitzenden Kardinal Hume an dessen Generalversammlung ermahnt, jener Kritik mehr Gehör zu schenken, die behauptet, CIIR übe nur selektiven Protest und sei „auf dem linken Auge blind“. Er gab gleichzeitig der Meinung Ausdruck, es seien für Sozialkonflikte nicht ausschließlich Radikallösungen zu propagieren, sondern „in bestimmten Situationen sind Kompromisse oder vielleicht sogar konservative Lösungen dem Wohl aller Konfliktpartner zuträglicher als prinzipieller Radikalismus“ (Tablet 1. 7. 78, S. 638).

Der Abschnitt „Drohendes Chaos“ zeigt am deutlichsten die generelle Exkulpiierung der Mugabe-Streitkräfte (ZANLA) durch Traber: Daß nur 4 von 50 Ärzten auf ihren isolierten Landposten geblieben sind, ist u. a. darauf zurückzuführen, daß Mediziner, und zwar schwarze noch mehr als weiße, zusammen mit besonders initiativen und erfolgreichern Farmern, Lehrern usw. als primäres Ermordungsziel der Guerillas gelten. Das braucht nicht zu verwundern, sind doch gerade solche qualifizierte Leute die mit Verdacht belegte „Elite“ und die potentiellen Störenfriede für das angezielte, radikal egalisierende Wirtschaftssystem. (Andererseits wurde kürzlich die italienische Missionsärztin Dr. Guidotti aus Fahrlässigkeit oder mit Absicht von Sicherheitstruppen in ihrem eigenen Ambulanzwagen erschossen!) – Für die Schließung der über 1000 Grundschulen werden in Ihrem Bericht nur rhodesische Truppen oder Nkomos ZAPU oder geflüchtetes Lehrpersonal haftbar gemacht. Kein Wort von ZANLA, das sogar in größerem Ausmaß beteiligt ist als diese ge-

nannten Faktoren. (Mugabes Leute lancierten im Mai in der Schweiz eine großangelegte Sammelaktion „Schulen für Simbabwe“, während sie ironischerweise hierzulande die Schüler – um es emotional zu sagen – als Kanonenfutter willig, halb-willig oder auch unwillig ins Guerilla-Training nach Moçambique treiben.) Ob alle „mindestens 150 000 Flüchtlinge, die Hälfte von ihnen Kinder unter 16 Jahren“, als echte „Flüchtlinge“ bezeichnet werden können, ist einmal mehr eine ideologisch belastete Frage. Der Vater eines meiner Studenten wurde vor wenigen Wochen von ZANLA-Guerillas zu Tode geprügelt, weil er seine Söhne nicht nach Moçambique abtreiben lassen wollte. – Daß Mittelschulen schließen müssen, weil Lebensmittel fehlen (wegen verminderter Buschstraßen), ist ein harmloser Teilgrund. Überfall auf Schulen durch bewaffnete Guerilleros, panikartige Flucht der Schüler, Erpressung wegen angeblicher „Kollaboration mit Muzorewa“, wegen Besoldung des Lehrstabs durch die Regierung sind häufigere Gründe, werden aber verschwiegen. – Daß Vieh in großer Zahl umkommt, weil die Tsetse-Kontrollposten erschossen wurden oder weil die Herden der Schwarzen mit Waffengewalt von den Guerillas am wöchentlichen Arsenikbad gegen Zeckenbefall verhindert werden, bleibt unerwähnt; und die Flucht Tausender in die noch einigermaßen sicheren Städte wird nur „der Willkürherrschaft der Armee“ angelastet, als ob es keinen anderen Terror gäbe.

Es dürfte einleuchten, daß das herrschende Chaos dem leider notwendig gewordenen bewaffneten Aufstand angelastet werden muß, und natürlich „hat Smith angefangen“. Der bisherige Erfolg des Aufstands ist die gegenwärtige interne Teillösung. Aber wenn das Haus in Flammen steht, gilt es zu löschen und nicht durch parteiische Information neues Öl ins Feuer zu gießen, ganz gleichgültig, wer „angefangen“ hat.

Es dürfte vielleicht auch interessieren, daß Mugabe erst vor ein paar Monaten in Maputo erklärte, er sehe heute nicht mehr einen afrikanischen Sozialismus vom Stil Nyereres im ruralen Tanzania als Lösung für das hochindustrialisierte Zimbabwe, sondern einzig den „wissenschaftlichen Sozialismus“ Moçambiques. Es ist wohl offensichtlich, daß ein solches Wirtschaftssystem nur um den Preis eines totalen weißen Exodus durchzuführen ist, wenn auch immer wieder in verbalen Beteuerungen versichert werden mag, das sei nicht Mugabes Absicht. Das aus solchem Auszug resultierende wirtschaftliche und soziale Chaos kann m. E. jedenfalls nur mit härtester sozialistischer Diktatur – zu der mir Mugabe zu wenig Härte zu haben scheint – einigermaßen unter Kontrolle gehalten werden. Von solchen realistischen alternativen Perspektiven für die Zukunft liest man leider in Ihrem informationsreichen Bericht kein Wort. Angeschwärzt aber wird ein kompromißbereiter Muzorewa, der um einer *graduellen* Machtverschiebung auf die schwarze Mehrheit willen die Ächtung und den Zorn ganz Schwarz-Afrikas in Kauf zu nehmen bereit ist, weil ihm vor der Alternative graut...

Salisbury, 27. 7. 79

Luigi Clerici

„Interpretation weitgehend bestätigt...“

Es würde nicht dem Sinn meiner Afrikaberichterstattung entsprechen, auf die persönlichen Bemerkungen von Luigi Clerici einzugehen. Das Urteil über seine *ad personam* geübte Kritik soll dem Leser überlassen werden. Aus eigener Erfahrung weiß ich, wie schwierig es ist, die Vorgänge in und um Rhodesien nach Ursachen, möglichen Wirkungen und Motivation der Akteure richtig auszuleuchten. Vom Standpunkt der weitgehend von der Außenwelt abgeschnittenen Gesellschaft Rhodesiens ist die Interpretation der Vorgänge wohl noch schwieriger als etwa von London aus, wo die Lobbies aller am Konflikt beteiligten Parteien sich Gehör verschaffen können und verschiedene Forschungsinstitute sich laufend um eine Analyse der Situation Rhodesiens bemühen. Auf die Dauer müssen sich weiße Rhodesier wohl besondere ‚Abwehrmechanismen‘ erwerben, um nicht wenigstens teilweise der Propaganda der rhodesischen Massenmedien zu erliegen.

Was nun die Fairneß der rhodesischen Wahlen und die Rechtmäßigkeit bzw. Illegalität der daraus hervorgegangenen Regierung betrifft, haben die Ereignisse seit den Wahlen die im Juniheft der Herder-Korrespondenz gebotene Interpretation weitgehend bestätigt. Selbst die Regierung Margaret Thatcher hat den Bericht von Lord Boyd beiseite gelegt und ist dem Urteil von Wahlbeobachtern wie Lord Chitnis und Claire Palley gefolgt. Außenminister Lord Carrington hat inzwischen zu den sechs bekannten Bedingungen für die Anerkennung einer rhodesischen Regierung eine siebte hinzugefügt: „Entscheidend für die Zukunft Rhodesiens ist der Friede. Rhodesien, ein Binnenland, muß mit seinen Nachbarn in Frieden leben können... Großbritannien trägt für Rhodesien die völkerrechtliche Verantwortung, welche jetzt eine zusätzliche Aufgabe einschließt... für Rhodesien einen echten Frieden zu vermitteln (Rede im House of Lords, 22. 5. 79). Zu Clericis Vorbehalt gegenüber dem Catholic Institute for International Relations in London: Derselbe Kardinal Hume, dessen kritische Ermahnung gegenüber dem Institut er zitiert, hat ihm in der gleichen Rede und bei anderen Gelegenheiten viel Lob erteilt. Es gehört allerdings zu den Prioritäten des Instituts, sich sozialetischen Problemen in jenen Ländern zu widmen, wo Unterdrückung und Ungerechtigkeit direkt oder indirekt im Namen des Christentums bzw. mit angeblich christlichen Motiven ausgeübt werden. Für die Objektivität wie das Engagement des Instituts in der Rhodesienfrage spricht wohl dessen jüngste Publikation: Claire Palley, *Zimbabwe Rhodesia: Should the present Government be Recognised?* (C.I.I.R., 1 Cambridge Terrace, London NW 1 4JL; 40 Seiten, 50 pence). Mit Recht kritisiert Clerici meine Darstellung über die Schließung von Schulen. Bis vor kurzem war es die Politik der ZANLA-Guerillas (des von Robert Mugabe geführten Flügels der Patriotischen Front), die Schulen, wenn immer möglich, offenzuhalten. Seit Ende Mai hingegen haben auch ZANLA-Truppen begonnen, Grund- und Mittelschulen zu schließen. Dies dürfte eine direkte Folge der Wahlen sein. Gegenüber dem in Salisbury und in der in-

ternationalen Presse gefeierten Wahlerfolg Muzorewas wollen sie jetzt demonstrieren, daß sie doch weitgehend die Herren im Lande sind. Man kann nur hoffen, daß viele dieser Schulen bald wieder geöffnet werden. Hingegen

stimmt es nicht, daß „Ärzte ein primäres Ermordungsziel der Guerillas“ sind. Das entspricht weder den Tatsachen noch der Ideologie der Befreiungsbewegung.
London, 10. 8. 79
Michael Traber

Kurzinformationen

Am 6. August wurde eine „Pastorale Anweisung der deutschen Bischöfe an die Priester und Mitarbeiter im pastoralen Dienst zur rechtzeitigen Taufe der Kinder“ veröffentlicht. Der Text war auf der diesjährigen Frühjahrsvollversammlung von der Bischofskonferenz diskutiert worden (Vgl. HK, April 1979, 169). Die Bischöfe gehen von der Situation aus, daß aus verschiedenen Gründen die Zahl der Eltern größer wird, „die sich nur schwer entscheiden können, für ihr Kind das Sakrament der Taufe zu erbitten“. In einem ersten Teil handelt die Anweisung von der *Heilsbedeutung der Taufe*: Sie ist sakramentale Grundlegung des Lebens mit Gott, stiftet die Beziehung des Menschen zu Jesus Christus und gliedert in die Kirche ein. Der Sinn der Kindertaufe wird damit begründet, daß Gottes Heilzusage der menschlichen Freiheit vorausgeht. „Das Kind taufen lassen heißt: es befähigen, der Zuwendung Gottes aus der Kraft Gottes und in der Gemeinschaft mit dem Glauben der Eltern zu antworten.“ Voraussetzung für eine persönliche Glaubensentscheidung, so die Bischöfe, sei die Verwurzelung des Kindes in der Glaubensgemeinschaft. Schließlich wird darauf verwiesen, daß nach der Lehre der Kirche die Kindertaufe aufgrund der Erbsünde notwendig sei. Weil Christus die Taufe als Sakrament der Wiedergeburt gestiftet hat, gilt: „Die Kirche würde es als einen Verstoß gegen den Auftrag des Herrn betrachten, wenn sie den Kindern dieses Zeichen des Heils vorenthalten würde.“ Die pastoralen Hinweise im zweiten Teil des Schreibens gehen zunächst auf die Bedeutung des *Taufgesprächs* ein. Die Taufe solle in den ersten Wochen nach der Geburt, spätestens innerhalb von vier Wochen stattfinden. Sowohl die Familie des Täuflings wie die Gemeinde sollten an der Feier Anteil nehmen. Im Fall einer Lebensgefahr für das Kind soll die Nottaufe gespendet werden: „Auch in der Todesgefahr bringt die Taufspendung das Heilshandeln Christi sichtbar zum Ausdruck.“ Die Anweisung geht auch auf die Probleme der Taufe von Kindern unverheirateter Paare ein. Die Seelsorger sollten sich bemühen, den jungen Menschen „den Sinn einer kirchlichen Trauung und den Segen eines christlichen Ehe- und Familienlebens zu erschließen“. Zum *Taufaufschub* wird festgestellt: „Ein Taufaufschub ist dann und nur dann notwendig, wenn beide Eltern ungläubig sind und sich weigern, ihrem Kind die nötige Glaubenserziehung zu vermitteln.“ Die Sorge der Gemeinden müsse gerade auch den ungetauften Kindern gelten. Schließlich wird auf die Verantwortung von Eltern und Paten für den Glauben der Kinder hingewiesen.

Im Juli wurde dem Rat der EKD ein von mehr als hundert evangelischen Theologen, Pfarrern, Pädagogen u.a. unterzeichnetes Memorandum überreicht. Unter der Überschrift „Ökumenische Freiheit und Verantwortung – Plädoyer für eine ökumenische Zukunft“ übt das Papier Kritik an der Haltung der EKD gegenüber dem Weltrat der Kirchen. Im Blick auf die Ent-

wicklung der Beziehungen zwischen EKD und ÖRK seit Bestehen des Programms zur Bekämpfung des Rassismus wird festgestellt: „In dem Maß, in dem der ÖRK bei den Unterdrückten Vertrauen gewann, erntete er Mißtrauen bei uns.“ Die EKD ziehe nicht die notwendigen Konsequenzen aus dem Bekenntnis, daß Rassismus Sünde sei. Für die große Mehrheit der Mitgliedskirchen des ÖRK sei gerade die Stellung zum Sonderfonds ein Prüfstein für die Glaubwürdigkeit des Zeugnisses der deutschen Kirche. Dagegen sei die EKD in „Mauern babylonischer Gefangenschaft“ eingeschlossen. „Unserer Kirche ist es weitgehend unmöglich, ihre Beteiligung an der ökumenischen Bewegung in christlicher Freiheit zu verwirklichen.“ Das Memorandum nennt hier die „praktische Einseitigkeit“ der Haltung der EKD gegenüber der *Frage der Gewalt*. Die Aufmerksamkeit der Kirche gelte vorrangig der Gewaltausübung durch Unterdrückte, das Problem der Gewaltanwendung durch Regierende und gesellschaftliche Machtgruppen trete dagegen zurück. Die Versöhnungsbotschaft der Kirche erspare es nicht, „klar zwischen Recht und Unrecht zu unterscheiden und Stellung zu beziehen. Dies muß geschehen selbst auf die Gefahr hin, mit Andersdenkenden, in rassistischen Vorurteilen Befangenen in Konflikt zu geraten.“ Das größte *Hindernis für ökumenische Solidarität* liege aber in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verflechtungen der Kirche. Die Kirche weiche hier Konflikten mit mächtigen gesellschaftlichen Gruppen lieber aus, als sich der ökumenischen Herausforderung zu stellen. Die Äußerungen und Entscheidungen der EKD gegenüber dem ÖRK würden „ohne Konsultation mit der kirchlichen Basis in Gemeinden und ökumenisch engagierten Gruppen“ getroffen. Das Memorandum stellt schließlich fest: „Nicht zuletzt durch die distanzierte Art der bisherigen Beteiligung am Programm zur Bekämpfung des Rassismus hat sich unsere Kirche in eine Isolation gegenüber der ökumenischen Bewegung gebracht, aus der sie aus eigenen Kräften schwerlich herauskommen kann.“ Die EKD solle sich in Zukunft einer „möglichst sachlichen und schonungslosen Diagnose“ der Probleme des Rassismus stellen und sich der lebenswichtigen Begegnung mit den *Anstößen und kritischen Fragen der anderen Kirchen* aussetzen.

Nach achteinhalbjähriger Haft wurde der Erzbischof von Conakry (Guinea) Raymond Marie Tschidimbo Anfang August freigelassen. Der 59jährige Erzbischof war am Jahresende 1970 nach dem sog. „Komplott des 22. November“ (Guinesische Rebellen waren zusammen mit ausländischen Söldnern aus dem damals noch portugiesischen Guinea Bissau in Guinea eingedrungen) des Verrats und des Komplotts gegen Sékou Touré und gegen die Republik Guinea angeklagt und mit zahlreichen anderen Verhafteten zum Tode verurteilt worden. Kurze Zeit später wurde das Urteil in lebenslängliche Haft umgewandelt. Mit der